

# Niedersächsisches Ministerialblatt

69. (74.) Jahrgang

Hannover, den 4. 9. 2019

Nummer 35

## INHALT

<b>A. Staatskanzlei</b>			
Bek. 23. 8. 2019, Honorarkonsuln in der Bundesrepublik Deutschland .....	1282		
<b>B. Ministerium für Inneres und Sport</b>			
RdErl. 1. 9. 2019, Umsetzung des Kennziffernplans gemäß § 10 c NKatSG .....	1282		
21100			
<b>C. Finanzministerium</b>			
<b>D. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung</b>			
<b>E. Ministerium für Wissenschaft und Kultur</b>			
<b>F. Kultusministerium</b>			
<b>G. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung</b>			
Erl. 21. 8. 2019, Zuständigkeiten nach dem Bundesberggesetz und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Bergverordnungen .....	1289		
75100 00 00 00 029			
<b>H. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz</b>			
RdErl. 1. 8. 2019, Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Umsetzung von LEADER (LEADER-Richtlinie) .....	1289		
78210			
Erl. 1. 9. 2019, Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Projekten im Bereich der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Freien Hansestadt Bremen und im Land Niedersachsen	1291		
78600			
<b>I. Justizministerium</b>			
<b>K. Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz</b>			
Bek. 20. 8. 2019, Anmeldung städtebaulicher Maßnahmen in das Förderungsprogramm des Landes; „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ — Programmjahr 2020 —	1291		
Erl. 27. 8. 2019, Überwachungsplan für industrielle Abwasserbehandlungsanlagen gemäß Artikel 23 der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates und den §§ 8 und 9 IZÜV .....	1293		
28200			
		Bek. 4. 9. 2019, Feststellung gemäß § 5 UVPG; Änderung des Genehmigungsbescheides für das Kernkraftwerk Stade (KKS) (Bescheid 1/2005); Stilllegung und Abbau (Stilllegung, Abbau Phase I, Lager für radioaktive Abfälle) vom 7. 9. 2005 hinsichtlich des Lagers für radioaktive Abfälle (LarA) .....	1293
		<b>L. Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung</b>	
		<b>Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers</b>	
		Bek. 27. 3. 2019, Errichtung der Evangelisch-lutherischen Gesamtkirchengemeinde Elbmarsch .....	1294
		Bek. 5. 4. 2019, Erweiterung des Evangelisch-lutherischen Kirchengemeindeverbandes Neustadt-Nord um die Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Basse .....	1294
		Bek. 7. 5. 2019, Errichtung des Evangelisch-lutherischen Kirchengemeindeverbandes Bokeloh und Wunstorf .....	1294
		<b>Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie</b>	
		Bek. 16. 7. 2019, Feststellung gemäß § 5 UVPG (ExxonMobil Production Deutschland GmbH) .....	1294
		Bek. 24. 7. 2019, Feststellung gemäß § 5 UVPG (Open Grid Europe GmbH) .....	1295
		Bek. 9. 8. 2019, Feststellung gemäß § 5 UVPG (Neptune Energy Deutschland GmbH) .....	1295
		<b>Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr</b>	
		Bek. 12. 8. 2019, Genehmigung zur Anlage und zum Betrieb des Hubschrauber-Sonderlandeplatzes „Harste“ .....	1295
		<b>Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig</b>	
		Bek. 9. 8. 2019, Entscheidung nach dem BImSchG; Öffentliche Bekanntmachung (proFagus GmbH, Bodenfelde) ....	1298
		<b>Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg</b>	
		Bek. 26. 7. 2019, Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG; Öffentliche Bekanntmachung (Biogas Ahe GmbH & Co. KG, Beverstedt) .....	1299
		<b>Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg</b>	
		Bek. 15. 8. 2019, Entscheidung nach dem BImSchG; Öffentliche Bekanntmachung (KME Germany GmbH & Co. KG, Osnabrück) .....	1299
		Bek. 19. 8. 2019, Entscheidung nach dem BImSchG; Öffentliche Bekanntmachung (Gebr. Stolle GmbH, Visbek) .....	1300
		<b>Berichtigung</b> .....	1301
		<b>Stellenausschreibungen</b> .....	1301

**A. Staatskanzlei****Honorarkonsuln in der Bundesrepublik Deutschland**

**Bek. d. StK v. 23. 8. 2019**  
 — 203-11700-3 POL —

Die Bundesregierung hat Herrn Dr. Uwe Horn am 19. 8. 2019 das Exequatur als Honorarkonsul der Republik Polen in Braunschweig erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst das Land Niedersachsen.

Die Kontaktdaten lauten wie folgt:

Steinbrecherstraße 19  
 38106 Braunschweig  
 Tel.: 0531 48283548  
 Fax: 0531 48283549  
 E-Mail: polen@niedersachsen-konsulat.de  
 Öffnungszeiten: donnerstags 17.00 bis 19.00 Uhr und nach Vereinbarung.

— Nds. MBl. Nr. 35/2019 S. 1282

**B. Ministerium für Inneres und Sport****Umsetzung des Kennziffernplans gemäß § 10 c NKatSG**

**RdErl. d. MI v. 1. 9. 2019 — 36-14600 —**

— **VORIS 21100** —

**1. Allgemeines**

Mit der Novellierung des NKatSG im Jahr 2017 sowie der Ausweitung der Annahme der Empfehlung für Evakuierungsradien der Strahlenschutzkommission (SSK) im Jahr 2016 sind in Niedersachsen bestehende Potenziale der Katastrophenabwehr in der Umgebung kerntechnischer Anlagen zu reaktivieren und/oder weiter auszubauen.

In diesem Zusammenhang wird hiermit die Umsetzung des Kennziffernplans nach § 10 c NKatSG ab 15. 9. 2019 eingeführt.

Der mit diesem RdErl. festgelegte Kennziffernplan (**Anlage**), welcher die Grundlage des Landesnotfallplans bildet, ist in seiner grundsätzlichen Struktur verbindlich.

Die zuständigen Behörden ergänzen den Katastrophenschutzplan nach den Vorgaben dieses RdErl. sowie des Kennziffernplans. Bei elektronischer Erfassung ist sicherzustellen, dass die Daten zwecks Austauschs mit anderen Katastrophenschutzbehörden in schriftlicher Form ausgegeben werden können.

**2. Katastrophenschutzplanungen****2.1 Umfang der Planung**

Gemäß § 100 StrlSchG stellen die Länder allgemeine und besondere Notfallpläne auf. Diese Notfallpläne der Länder ergänzen und konkretisieren den allgemeinen Notfallplan und die besonderen Notfallpläne des Bundes, soweit die Länder für die Planung oder Durchführung von Schutzmaßnahmen zuständig sind. Gemäß § 10 c Abs. 1 NKatSG hat das MI im Einvernehmen mit dem MU einen landesweiten Notfallplan zu erstellen; die Katastrophenschutzbehörden sind verpflichtet, daran mitzuwirken.

Durch die Katastrophenschutzbehörden, in deren Bezirk sich eine in § 10 c Abs. 1 Satz 1 NKatSG genannte Anlage befindet, ist der örtliche externe Notfallplan gemäß § 10 c Abs. 1 Satz 3 NKatSG zu erstellen. Die in § 10 c Abs. 1 Satz 1 NKatSG genannten Anlagen sind kerntechnische Anlagen (§ 2 Abs. 3 a

Nr. 1 des Atomgesetzes), Anlagen zur Endlagerung radioaktiver Abfälle und diesen gleichgestellte Anlagen.

Soweit der Bezirk einer anderen Katastrophenschutzbehörde innerhalb eines Kreises mit dem Radius von 20 km um ein Kernkraftwerk liegt, hat diese gemäß § 10 c Abs. 1 Satz 4 NKatSG einen Anschlussplan zu erstellen.

In Anwendung der Rahmenempfehlung für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen der SSK vom 19. 2./20. 2. 2015 ist es empfohlen, für endgültig stillgelegte Kernkraftwerke die Planungsgebiete entsprechend der SSK-Empfehlung „Planungsgebiete für den Notfallschutz in der Umgebung von Kernkraftwerken“ vom 13. 2./14. 2. 2014 solange aufrecht zu erhalten, wie Brennstoffe in der Anlage verwahrt sind, jedoch längstens für die Dauer von drei Jahren ab dem Tag der letzten Abschaltung. Für den Fall, dass nach Ablauf der drei Jahre noch Brennstoff in der Anlage vorhanden ist, können die Planungsgebiete entsprechend der Regelung für heute bereits stillgelegte Kernkraftwerke festgelegt werden. Maßgeblich ist hier die SSK-Empfehlung „Planungsgebiete für den Notfallschutz in der Umgebung stillgelegter Kernkraftwerke“ vom 20. 10./21. 10. 2014. Demnach können die Planungsgebiete der (alten) Zentralzone, der (alten) Mittelzone und der (alten) Außenzone einschließlich der dort geplanten Maßnahmen beibehalten werden. In Niedersachsen wird daher die (alte) Mittelzone, die sich im Radius von 10 km um das jeweilige Objekt erstreckte und in der Evakuierungsplanungen vorzunehmen waren, herangezogen. Für alle in § 10 c Abs. 1 Satz 1 NKatSG genannten Anlagen mit Ausnahme der aktiven Kernkraftwerke sind entsprechende Planungen im 10 km-Radius um die Anlagen vorzunehmen.

2.2 Kategorien von Katastrophenschutzbehörden im landesweiten Notfallplan

Für den landesweiten Notfallplan ist eine Kategorisierung der Katastrophenschutzbehörden erfolgt. Die Kategorien lauten wie folgt:

- Typ I-Behörden: Katastrophenschutzbehörden, deren Bezirk innerhalb eines Kreises mit dem Radius von 20 km um ein aktives Kernkraftwerk liegt.
- Typ II-Behörden: Katastrophenschutzbehörden, die nicht Typ I-Behörden sind und deren Bezirk innerhalb eines Kreises mit dem Radius von 10 km-Radius um eine kerntechnische Anlage liegt.
- Unterstützungsbehörden: alle Katastrophenschutzbehörden, die weder Typ I- noch Typ II-Behörde sind.

Abweichende Festlegungen können im Kennziffernplan getroffen werden.

Ein aktives Kernkraftwerk ist ein nicht endgültig stillgelegtes Kernkraftwerk.

**3. Kennziffernplan**

Die durch die Kennziffern vorgegebene Systematik des landesweiten Notfallplans für den Bevölkerungsschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen ist im Interesse der notwendigen landeseinheitlichen Organisation des Katastrophenschutzes unbedingt einzuhalten. Unter den Kennziffern dürfen nur die dort vorgesehenen Angaben eingetragen werden.

Notwendige Ergänzungen des Kennziffernplans erfolgen landeseinheitlich durch das MI.

**4. Schlussbestimmungen**

Dieser RdErl. tritt am 15. 9. 2019 in Kraft und mit Ablauf des 31. 12. 2024 außer Kraft.

An die  
 Landkreise, kreisfreien Städte, Region Hannover

Nachrichtlich:

An die  
 Polizeidirektionen (Ämter für Brand- und Katastrophenschutz)  
 Niedersächsische Akademie für Brand- und Katastrophenschutz

— Nds. MBl. Nr. 35/2019 S. 1282

**Kennziffernplan**

Nr.	Thema	Verweis auf
1.	Vorblätter	
1.1	Inhaltsverzeichnis	
1.2	Verteiler	
1.3	Fortschreibungsnachweis	
1.4	Definitionen	
1.4.1	Handlungssystem	
1.4.2	Ereignis	
1.4.2.1	Schnell ablaufendes Ereignis	
1.4.2.2	Nicht belegt	
1.4.3	Intensität	
1.4.3.1	Internationale Bewertungsskala für nukleare und radiologische Ereignisse	
1.4.3.2	Nicht belegt	
1.4.4	Gefahrenregionen	
1.4.5	Auslösende Behörde	
2.	Sofortmaßnahmen	Rahmenempfehlung der SSK für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen vom 19. 2. 2015 Ziel dieses Abschnitts ist die auszulösenden Erstmaßnahmen und ihre Umsetzung im dichten Zusammenhang darzustellen
2.1	Warnung der Bevölkerung	
2.1.1	Meldewege	
2.1.1.1	Typ I-Behörden	
2.1.1.1.1	Gefahrenregion Nummer 1	
2.1.1.1.1.1	Landkreis Emsland	
2.1.1.1.1.2	Landkreis Grafschaft-Bentheim	
2.1.1.1.2	Gefahrenregion Nummer 2	
2.1.1.1.2.1	Landkreis Hameln-Pyrmont	
2.1.1.1.2.2	Landkreis Holzminden	
2.1.1.1.3	Gefahrenregion Nummer 3	
2.1.1.1.3.1	Landkreis Stade	
2.1.1.1.3.2	Landkreis Cuxhaven	
2.1.1.2	Typ II-Behörden	
2.1.1.2.1	Gefahrenregion Nummer 2	
2.1.1.2.1.1	Landkreis Hildesheim	
2.1.1.2.1.2	Nicht belegt	
2.1.1.2.2	Gefahrenregion Nummer 4	
2.1.1.2.2.1	Landkreis Wesermarsch	
2.1.1.2.2.2	Landkreis Cuxhaven	
2.1.1.2.3	Gefahrenregion Nummer 5	
2.1.1.2.3.1	Landkreis Harburg	
2.1.1.2.3.2	Landkreis Lüneburg	
2.1.1.2.4	Gefahrenregion Nummer 6	
2.1.1.2.4.1	Landkreis Lüchow-Dannenberg	
2.1.1.2.4.2	Nicht belegt	
2.1.1.2.5	Gefahrenregion Nummer 7	
2.1.1.2.5.1	Landkreis Helmstedt	
2.1.1.2.5.2	Landkreis Wolfenbüttel	
2.1.1.2.5.3	Stadt Salzgitter	
2.1.1.2.5.4	Stadt Braunschweig	

Nr.	Thema	Verweis auf
2.1.1.2.5.5	Landkreis Peine	
2.1.1.3	Unterstützungsbehörden	
2.1.1.3.1	Landkreis Ammerland	
2.1.1.3.2	Landkreis Aurich	
2.1.1.3.3	Landkreis Celle	
2.1.1.3.4	Landkreis Cloppenburg	
2.1.1.3.5	Landkreis Cuxhaven	
2.1.1.3.6	Landkreis Diepholz	
2.1.1.3.7	Landkreis Friesland	
2.1.1.3.8	Landkreis Gifhorn	
2.1.1.3.9	Landkreis Goslar	
2.1.1.3.10	Landkreis Göttingen	
2.1.1.3.11	Landkreis Heidekreis	
2.1.1.3.12	Landkreis Leer	
2.1.1.3.13	Landkreis Nienburg (Weser)	
2.1.1.3.14	Landkreis Northeim	
2.1.1.3.15	Landkreis Oldenburg	
2.1.1.3.16	Landkreis Osnabrück	
2.1.1.3.17	Landkreis Osterholz	
2.1.1.3.18	Landkreis Rotenburg (Wümme)	
2.1.1.3.19	Landkreis Schaumburg	
2.1.1.3.20	Landkreis Uelzen	
2.1.1.3.21	Landkreis Vechta	
2.1.1.3.22	Landkreis Verden	
2.1.1.3.23	Landkreis Wittmund	
2.1.1.3.24	Region Hannover	
2.1.1.3.25	Stadt Delmenhorst	
2.1.1.3.26	Stadt Emden	
2.1.1.3.27	Stadt Göttingen	
2.1.1.3.28	Stadt Hannover	
2.1.1.3.29	Stadt Hildesheim	
2.1.1.3.30	Stadt Oldenburg (Oldenburg)	
2.1.1.3.31	Stadt Osnabrück	
2.1.1.3.32	Stadt Wilhelmshaven	
2.1.1.3.33	Stadt Wolfsburg	
2.1.2	Alarmierung	
2.1.2.1	Voralarm	
2.1.2.2	Katastrophenschutz-Alarm	
2.1.2.3	Hilfsorganisationen	
2.1.2.4	Niedersachsen	
2.1.2.5	Bundesländer	
2.1.2.6	Bund	
2.1.2.7	Nachbarländer	
2.1.2.8	EU	
2.1.3	Informationsinhalte	
2.1.4	Warnung der Bevölkerung vor dem Verzehr von frisch geernteten Lebensmitteln	
2.1.5	Information der Wassergewinnungsstellen	
2.2	Verbleiben im Haus	
2.3	Sperrung der Verkehrswege	
2.3.1	Straßen	
2.3.2	Schiene	

Nr.	Thema	Verweis auf
2.3.3	Luftraum	
2.3.4	Wasserwege	
2.4	Iod-Tabletten-Versorgung	Logistikkonzept Iodblockade Anforderung an Lagerung und Ausgabe von Iodtabletten im Land Niedersachsen.
2.4.1	Lager	
2.4.2	Ausgabestellen	
2.4.3	Hilfskräfte	
2.5	Sperrung des betroffenen Gebietes	
2.6	Radiologisches Lagebild	
2.6.1	Radiologisches Lagezentrum (RLZ)	
2.6.1.1	RLZ-Bund	
2.6.1.2	RLZ-Niedersachsen	
2.6.1.3	RLZ andere Bundesländer	
2.6.1.4	Zusammenarbeit der RLZ	
2.6.2	Lageermittlung und Lagedarstellung	
2.6.2.1	Fachberaterinnen, Fachberater	
2.6.2.2	Lagebild	
2.6.2.3	Messzentralen	
2.6.2.4	Steuerung der Messdienste	
2.6.3	Messungen und Probenentnahmen in der Umgebung	
2.6.3.1	Messdienste	
2.6.3.1.1	Messtrupps	Richtlinie zur Emissions- und Immissionsüberwachung kerntechnischer Anlagen vom 7. 12. 2005
2.6.3.1.2	Strahlenspürtrupps (Katastrophenschutz-Einsatzkräfte)	
2.6.3.1.3	Messstellen des Integrierten Mess- und Informationssystems zur Überwachung der Umweltradioaktivität	
2.6.3.2	Nicht belegt	
2.6.4	Durchführung der Messungen	
2.6.4.1	Messungen innerhalb eines 25 km-Radius	
2.6.4.2	Messungen außerhalb eines 25 km-Radius	
2.6.4.3	Steuerung der Messdienste	
2.6.5	Probensammelstellen	
2.6.6	Festinstallierte Messsysteme (Ortsdosisleistungs-Messnetz)	
2.6.7	Weitere Messsysteme	
2.6.7.1	Aero-Gammaspektrometrie	
2.6.7.2	Nicht belegt	
2.7	Wetterdienst	
2.7.1	Ausbreitungsprognose	
2.7.2	Nicht belegt	
3.	Evakuierung	Rahmenempfehlung Evakuierungsplanung
3.1	Evakuierungskonzept	
3.1.1	Zonenkonzept	
3.1.2	Prüfung Notwendigkeit	
3.1.3	Anordnung	
3.1.4	Zwangmaßnahmen	
3.1.5	Schutz der Einsatzkräfte	
3.1.6	Aufhebung	
3.2	Bevölkerung im Evakuierungsgebiet	
3.2.1	Sich selbständig Evakuierende	
3.2.2	Sich unselbständig Evakuierende	
3.2.3	Verbleibende	

Nr.	Thema	Verweis auf
3.3	Evakuierungsrouten	
3.3.1	Sammelstellen	
3.3.2	Kanalisation	
3.3.3	Lenkung	
3.4	Transportmittel	
3.4.1	Bedarf	
3.4.1.1	Planungsgebiet „Zentralzone“	
3.4.1.2	Planungsgebiet „Mittelzone“	
3.4.2	Verfügbarkeiten	
3.4.3	Kraftstoffversorgung	
3.5	Notfallstationen	
3.5.1	Rahmenbedingungen	
3.5.2	Organisation	
3.5.3	Aufgaben	
4.	Unterbringung und Versorgung	Rahmenempfehlung Evakuierungsplanung Hier sollen die Maßnahmen im Anschluss an die abgeschlossene Evakuierung dargestellt werden.
4.1	Aufnahmeeinrichtungen	
4.1.1	Geplante Aufnahmeeinrichtungen und Kapazitäten	
4.1.2	Kurzfristig eingerichtete Aufnahmeeinrichtungen	
4.2	Versorgung	
4.2.1	Medizinische Versorgung	
4.2.1.1	Notfallstationen zur Dekontamination	
4.2.1.2	Nicht belegt	
4.2.2	Trinkwasserversorgung	
4.2.3	Nahrungsmittelversorgung	
4.2.4	Sanitäre Versorgung	
4.2.5	Betreuung	
5.	Ansprechpartnerinnen/Ansprechpartner/ Notfallereicherbarkeiten	Orientiert sich am Katastrophenschutzplan gemäß § 10 NKatSG Dient der Auflistung von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern für das Szenario „kerntechnischer Vorfall“.
5.1	Niedersachsen	
5.1.1	MI	
5.1.2	MU	
5.1.3	GAA	
5.2	Bund	
5.2.1	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	
5.2.2	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	
5.2.3	Bundesministerium der Verteidigung	
5.2.4	Eisenbahn-Bundesamt	
5.3	EU	
5.3.1	Europäische Kommission	
5.3.2	Nicht belegt	
6.	Überörtliche Kräfte	Orientiert sich am Katastrophenschutzplan gemäß § 10 NKatSG Dient der Auflistung von überörtlichen Kräften mit gesonderten Fähigkeiten, welche in dem Szenario „kerntechnischer Vorfall“ von besonderer Bedeutung wären.
6.1	Öffentliche Einrichtungen	
6.1.1	Feuerwehren	

Nr.	Thema	Verweis auf
6.1.1.1	Werksfeuerwehren	
6.1.1.2	Berufsfeuerwehren	
6.1.1.3	Freiwillige Feuerwehren	
6.1.2	Landeskommandos der Bundeswehr	
6.1.3	Ordnungsbehörden/Sicherheitsbehörden	
6.2	Fachdienste (sonstige)	
6.2.1	Telekom	
6.2.2	Veterinärdienst	
6.2.3	Militärische ABC/CBRN (atomare, biologische und chemische/chemisch, biologisch, radiologisch und nuklear)-Dienste	
6.2.4	Kerntechnische Hilfsdienst GmbH	
6.2.5	Regieeinheiten der Katastrophenschutzbehörden	
6.2.6	Dienste der Psychosozialen Notfallversorgung	
7.	Planungsgrundlagen	Hier geht es um die detaillierte Darstellung von Aufgaben, Gebieten, Hintergründen und Maßnahmen.
7.1	Zusammenwirken von behördlicher Planung und Maßnahmen der Betreiberin oder des Betreibers der kerntechnischen Anlage	
7.1.1	Unterrichtung der Katastrophenschutzbehörden	
7.1.2	Aufgaben der Betreiberin oder des Betreibers bei der Radiologischen Lageermittlung	
7.1.3	Einrichtung einer Ausweichstelle für die Einsatzleitung der Betreiberin oder des Betreibers außerhalb der Anlage	
7.1.4	Mitwirkung im vorbereitenden Katastrophenschutz	
7.2	Grundsätze für das Aufstellen besonderer Katastrophenschutzpläne für die Umgebung kerntechnischer Anlagen	
7.2.1	Inhaltsverzeichnis	
7.2.2	Fortführungsnachweis	
7.2.3	Führungsorganisation	
7.2.3.1	Grundlagen und Zusammenarbeit	
7.2.3.2	Lagebeurteilung	
7.2.3.3	Apparative Ausstattung	
7.3	Evakuierungsgebiet	
7.3.1	Klassifizierung Standorte kerntechnischer Anlagen	
7.3.1.1	Typ I	
7.3.1.1.1	Grohnde	
7.3.1.1.2	Emsland	
7.3.1.1.3	Brokdorf (Schleswig-Holstein)	
7.3.1.2	Typ II	
7.3.1.2.1	Unterweser	
7.3.1.2.2	Krümmel (Schleswig-Holstein)	
7.3.1.2.3	Brunsbüttel (Schleswig-Holstein)	
7.3.1.2.4	Grohnde	
7.3.1.2.5	Emsland	
7.3.1.2.6	Brokdorf (Schleswig-Holstein)	
7.3.1.2.7	Grohnde	
7.3.1.2.8	Emsland	
7.3.1.2.9	Brokdorf (Schleswig-Holstein)	
7.3.1.2.10	Unterweser	
7.3.1.2.11	Krümmel (Schleswig-Holstein)	
7.3.1.2.12	Brunsbüttel (Schleswig-Holstein)	
7.3.1.2.13	Ahaus (Nordrhein-Westfalen)	

Nr.	Thema	Verweis auf
7.3.1.2.14	Gorleben	
7.3.1.2.15	Asse	
7.3.1.2.16	Schacht Konrad	
7.3.1.2.17	Morsleben (Sachsen-Anhalt)	
7.3.1.2.18	Lingen	
7.3.1.2.19	Gronau (Nordrhein-Westfalen)	
7.3.1.2.20	Gorleben	
7.3.2	Nicht belegt	
8.	Rechtsgrundlagen	
8.1	Atomgesetz	
8.2	Gesetz zur Neuordnung des Rechts zum Schutz vor der schädlichen Wirkung ionisierender Strahlung	
8.3	NKatSG	
8.4	Katastrophenschutzplan gemäß § 10 NKatSG	
9.	Anlagen	
9.1	Erreichbarkeiten	
9.2	Maßnahmen bei einer Evakuierung	
9.3	Flussdiagramm – Maßnahmen bei Evakuierungen	
9.4	Empfehlungen für die Bereitstellung von Unterbringungsmöglichkeiten	
9.5	Empfehlung länderübergreifender Aufnahmeschlüssel für die Aufnahme von Betroffenen einer großräumigen Evakuierung	
9.6	Eingreifrichtwerte für die Einleitung von Maßnahmen	
9.7	Mustertexte für die Information der Öffentlichkeit im Fall eines kerntechnischen Unfalles	
9.8	Informationen von der Anlagenbetreiberin oder dem Anlagenbetreiber	
9.9	Referenzszenarien	
9.9.1	Zeitkonzept des Ablaufs von Ereignissen	
9.9.2	Nicht belegt	
9.10	Szenarien spezifische optimierte Schutzstrategien	
9.11	RLZ (Aufbauorganisation)	
9.11.1	KFÜ (Kernreaktor-Fernüberwachung)	
9.11.2	RODOS (Realtime Online Decision Support System)	
9.11.3	ELAN (Elektronische Lagedarstellung für den Notfallschutz)	
9.12	Aufbauorganisation der Stäbe	
9.12.1	Zuständigkeiten	
9.12.2	Redundante Meldewege	
9.13	Messdienste und ihre Aufgaben (Zonenkonzept)	